

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum III)

Liebe Leserinnen und Leser!

Das Frühjahrsgutachten zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Lage stellt der rot-grünen Bundesregierung ein eindeutiges Zeugnis aus: Mangelhaft! Die wichtigen nationalen Hausaufgaben „hohe Beschäftigung“ und „angemessenes Wirtschaftswachstum“ hat die Regierung Schröder nicht erledigt.

Zwar sagen die Experten jetzt einen Aufschwung auch in Deutschland voraus, allerdings kommt er später und schwächer als in anderen Industrieländern. Außerdem erwarten die Institute für das nächste Jahr bereits wieder eine Verlangsamung der konjunkturellen Expansion. Insbesondere die außenwirtschaftlichen Impulse werden bald wieder schwächer werden.

Fazit des Gutachtens ist also: Die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte Deutschlands sind zu schwach, die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind weitgehend falsch gesetzt. Deutschland hängt am Tropf der Weltwirtschaft.

Die Politik der SPD erschöpft sich – wie im Wahlprogramm jüngst vorgestellt – in einem bloßen „Weiter so“. Nicht mit uns!

Ifc

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

Diese Woche im Parlament	...S.2
Union fordert hochwertiges Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen	...S.2
Klarheit über Rentenversorgung	...S.3
Schröder und Sachsen-Anhalt: Eine wechselvolle Geschichte	...S.4
Deutscher Auto-Markt stark rückläufig	...S.6
Pleitewelle	...S.6
Keine Änderung bei Entgeltfortzahlung	...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074

Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Diese Woche im Parlament



►► | In dieser Woche wurde unser Antrag „**Arbeitnehmer entlasten – Vorfahrt für Beschäftigung**“ im Bundestag diskutiert. Damit setzen wir dem wirkungslosen „Mainzer Modell“ der Bundesregierung das eigene „Drei-Säulen-Modell“ entgegen, das ein Potential von bis zu 800.000 neuen Arbeitsplätzen beinhaltet.

Geringfügige Beschäftigung (bis 400 €): Der Arbeitgeber zahlt eine Pauschalsteuer in Höhe von 20%; der Arbeitnehmer bleibt steuer- und abgabenfrei. Ausfälle in der Sozialversicherung werden durch die eingenommene Pauschalsteuer ausgeglichen.

Niedriglohnbereich (401 € bis 800 €): Der Arbeitnehmeranteil an den Sozialversicherungsbeiträgen steigt erst langsam auf die vollen 20,5% an. Voraussetzung: Mindestens 20 Wochenstunden.

Anreize zur Arbeitsaufnahme: Empfänger von Arbeitslosengeld erhalten eine Aufstockung bis zur Höhe des Arbeitslosengeldes und als weiteren Anreiz einen Zuschlag von 10 Prozent. Empfänger von Arbeitslosenhilfe erhalten eine Aufstockung bis zur Höhe der Arbeitslosenhilfe und als Anreiz einen Zuschlag von 20 Prozent. Empfänger von Sozialhilfe, die eine Arbeit aufnehmen, die unter den Sozialhilfesätzen entlohnt wird, erhalten eine Zuzahlung durch die Träger der Sozialhilfe. ◀◀

Union fordert hochwertiges Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen

►► | Der Bund soll die Länder und Gemeinden finanziell in die Lage versetzen, ein bedarfsgerechtes, flexibles und qualitativ hochwertiges Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen für

alle Altersstufen bis 12 bzw. 14 Jahre zu gewährleisten. Damit soll Müttern und Vätern die Möglichkeit eröffnet werden, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, heißt es in unserem Antrag.

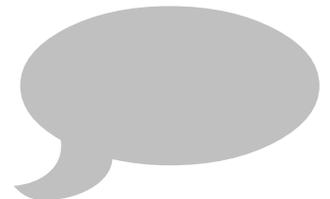


Allerdings soll es in der Kinderbetreuung kein staatliches Einheitssystem geben. Nach unseren Vorstellungen sollen dort, wo es möglich ist, unternehmensnahe Kinderbetreuungseinrichtungen aufgebaut werden.

Des Weiteren muss die Arbeitsmarktpolitik so reformiert werden, dass Frauenarbeitslosigkeit nachhaltig bekämpft wird. In diesem Sinne sollen Vermittlungsagenturen stärker als bislang gewährleisten, dass bei der Arbeitsvermittlung auf die individuelle Situation von Frauen mit Kindern eingegangen wird, insbesondere bei Alleinerziehenden.

Außerdem ist es wichtig, die private Arbeitsvermittlung zu stärken und damit die Möglichkeit zu eröffnen, Angebote zu etablieren, die auf frauenspezifische Fragestellungen spezialisiert sind.

Das Thema Wiedereinstieg in den Beruf spielt für Frauen eine wichtige Rolle. Die Übereinstimmung von Arbeitszeiterfordernis und Kinderbetreuungszeit ist eine elementare Grundvoraussetzung, um Mütter und Väter erfolgreich in Arbeit zu vermitteln. Insgesamt sind insbesondere Frauen von den Schwierigkeiten des Wiedereinstiegs in den Beruf betroffen. Von den rund 400.000 Frauen, die jährlich in Elternzeit gehen, kehrt die Hälfte in den Beruf zurück. Ein erfolgreicher Wiedereinstieg ins Erwerbsleben muss gut vorbereitet werden und erfordert eine ausführliche Beratung. ◀◀



Spruch der Woche

"Versprochen, gebrochen, verkrochen."

CDU Chefin
Angela Merkel
über Kanzler Schröders
Medienscheu nach der
Sachsen-Anhalt-Wahl

Klarheit über Rentenversorgung

▶▶ | "Tatsächliche Versorgungslücken" sollen in Zukunft in die Renteninformationen einfließen. In diesem Sinne soll bei der künftigen Hochrechnung der Altersrente statt einheitlicher

Anpassungssätze die prognostizierte Entwicklung der Nettolöhne und der Rentenanpassungen angegeben werden, fordern wir in einem weiterem Antrag.



In einer Pilotphase geht es uns insbesondere darum, die rentennahen Versicherungsjahrgänge zuerst zu informieren. Die reale Versorgungslücke nach der Rentenreform der Koalition beträgt nicht, wie angegeben, 2 Prozent, sondern faktisch 6 Prozent.

Die gesetzliche Garantie von mindestens 67 Prozent des durchschnittlichen Nettorentenniveaus berücksichtigt die Belastung der Arbeitnehmer durch die Beiträge zur privaten Altersvorsorge im Rahmen der staatlichen Förderung. Lässt man die Beiträge unberücksichtigt, ergibt sich ein deutlich niedrigeres Nettorentenniveau von zirka 64 Prozent.

Somit ist die Versorgungslücke größer als von der Regierung angegeben. <<<

Schröder und Sachsen-Anhalt: Eine wechselvolle Geschichte

▶▶ | Angesichts des SPD-Wahldebakels in Sachsen-Anhalt versucht Gerhard Schröder, wenn er sich denn vor die Kameras traut, drei Botschaften zu vermitteln:

1. Ich war schon immer gegen das untaugliche „Magdeburger Modell“.
2. Diese Bundesregierung hat mit der Niederlage in Sachsen-Anhalt nichts zu schaffen.
3. Das „regionale“ Wahlergebnis hat keine Auswirkungen auf die Bundestagswahl im Herbst.

Dazu folgende Zitate:

1. Im Vorfeld der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt von 1994 wollte Schröder entgegen der Überzeugung des damaligen

SPD-Vorsitzende Scharping „eine Zusammenarbeit mit der PDS, sei es in Form einer Koalition oder auch einer Tolerierung, nicht von vornherein ausschließen“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung 28.6.1995). Diese Haltung bestätigte er noch über ein Jahr später in einem Zeitungs-Interview: **„Was in Sachsen-Anhalt läuft, ist völlig richtig. Ich habe schon vor einem Jahr eine rot-grüne Koalition unter Duldung der PDS verteidigt.“** (Schröder im General Anzeiger vom 21.11.1995)



2. Schröders „Chefsache Aufbau-Ost“ sollte im Landtagswahlkampf 2002 deutlich propagiert werden: Zehn Auftritte des Bundeskanzlers, ein ganzer „Ost-Parteitag“ der SPD in Magdeburg und der massive Einsatz der bundespolitischen SPD-Prominenz. **Im Januar versprach Schröder den Genossen in Magdeburg, im Wahlkampf werde sich „das ganze Bundeskabinett“ engagieren, und fügte an: „Das ist jetzt keine Drohung.“** (Stern 31.1.2002).
3. 1998 war die Sachsen-Anhalt-Wahl für die SPD natürlich der gelungene Auftakt zur Bundestagswahl: „SPD-Chef Oskar Lafontaine verkündete ... : ‚Wir haben die Wahl klar gewonnen.‘ **Das Ergebnis, so fügte Lafontaine hinzu, sei auch Rückenwind für die Bundestagswahl** und berechtige zu der Hoffnung, dass die SPD stärkste Fraktion im Bundestag wird.“ (Die Welt-Online 28.4.'98). Bundesgeschäftsführer Müntefering damals: **„Auch in Ostdeutschland hat heute die Abwahl von Helmut Kohl begonnen.“** (FAZ, 27.4.1998)
4. Nach der Niederlage gilt bei der Partei- und Fraktionsführung gegenüber MP Höppner die Devise: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. **„Für die SPD in Sachsen-Anhalt“,** so Peter Struck, **„war der Spitzenkandidat eine Belastung“.** (Berliner Zeitung vom 22.4.2002) ◀◀



Wussten Sie schon ,

... dass Kleinunternehmen 62 Stunden pro Mitarbeiter für das Bewältigen ihrer bürokratischen Pflichten benötigen? Bei Großunternehmen fallen nur 5,5 Stunden an. Folge: Jeder Arbeitsplatz im Mittelstand ist mit 3500 Euro für staatlichen Bürodienst belastet. Konzernen liegt Vater Staat dagegen nur mit 150 Euro Verwaltungskosten pro Kopf auf der Tasche.

Deutscher Auto-Markt stark rückläufig

►► | Im März 2002 wurden fast 10% weniger Neuzulassungen bei Pkw gemeldet als im Vorjahresmonat.

Im gesamten 1. Quartal dieses Jahres betrug der Rückgang 4,3 % im Vergleich zum Vorjahr. (Quelle: dpa 17.4.2001) ◀◀



Pleitewelle

►► | Die DIHK hat nachgerechnet: Alle 15 Minuten meldet ein kleines oder mittelständisches Unternehmen Konkurs an; täglich gehen 1500 Arbeitsplätze im Mittelstand in Folge von Insolvenzen verloren. (Welt am Sonntag 7.4.2002) ◀◀

Keine Änderung bei Entgeltfortzahlung

►► | Der Krankenstand in Deutschland ist so niedrig wie noch nie. Nach den Zahlen des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen hat der Krankenstand im Jahr 2001 bei 3,5 % gelegen.

„Vor diesem Hintergrund machen Forderungen nach Einschränkungen bei der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall wenig Sinn,“ so der sozialpolitische Sprecher unserer Fraktion, Karl-Josef Laumann.

Notwendig sind dagegen Reformen auf dem Arbeitsmarkt. Nicht Kürzungen, sondern Schaffung flexibler Strukturen sind der geeignete Weg zu mehr Beschäftigung.

Hierzu gehören der Abbau von Beschäftigungshürden bei der Zeitarbeit und den befristeten Arbeitsverhältnissen. ◀◀



... das Allerletzte!

Großmäulig hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder auf dem EU-Gipfel in Barcelona die EU-Kommissare zum Rapport nach Berlin zitiert, um über die besonderen industriepolitischen Belange Deutschlands zu sprechen. Daraus wird nichts. EU-Kommissionspräsident Romano Prodi dreht den Spieß um und lädt seinerseits Schröder für diesen Freitag zu einem Treffen mit den EU-Kommissaren ein – nach Brüssel.